

# SOMMER DIALOG

## „Kampf gegen Arbeitslosigkeit“

Prioritäres wirtschaftspolitisches Ziel muss es sein, die **Zahl der Arbeitslosen innerhalb eines Jahres** (zumindest) wieder auf das Niveau von 2019 (301.000) zu **senken**, das bereits um rund 100.000 höher lag als vor der Finanzkrise 2008/09. Dafür sind umfangreiche Maßnahmen wie öffentliche Investitionen, Ausweitung der Nachfrage nach Arbeitskräften (gezielte Beschäftigungsprogramme), intensive Vermittlung von Arbeitslosen auf offene Stellen durch das AMS sowie die Qualifizierung von Beschäftigten und Arbeitslosen notwendig.

### Rasche Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit

- » Einstellungs-/Qualifikationsprogramme für ältere Arbeitslose, Langzeitarbeitslose, für Lehrlinge und SchülerInnen, deren Abschluss sich durch Corona verzögert hat, z. B. eine noch aufzustockende „Aktion 20.000 neu“ oder temporäre Beschäftigungsgesellschaften.
- » Durch den Shutdown wurden auch die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für besonders betroffene Zielgruppen (z. B. Frauen, Menschen mit Behinderung, Ältere oder Jugendliche) teilweise völlig eingestellt. Diese müssen umgehend wieder hochgefahren und beispielsweise für Jugendliche auch massiv ausgebaut werden.
- » Höherqualifikations- und Umschulungsprogramme sollen auch der Sicherung des Fachkräftebedarfs dienen. Ein Schwerpunkt: Pflege- und Gesundheitsberufe.
- » Arbeitsstiftungen wären ein weiteres sinnvolles Instrument, um für Ausbildung, Höherqualifizierung und Vermittlung von Arbeitslosen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt zu sorgen.
- » Strukturwandelstiftungen: Sie könnten gezielt als Vehikel für jene Branchen oder Unternehmen genutzt werden, die von Personalabbau betroffen sind – mit dem Ziel, betroffene ArbeitnehmerInnen aufzunehmen, bevor sie arbeitslos werden. Die AUFLEB GmbH als Ergebnis der Herausforderungen für einzelne Branchen aufgrund des EU-Beitritts ist hier als erfolgreiches Modell zu nennen. Finanziert werden kann das aus Budgetmitteln oder auch über eine gesetzliche Regelung zur Mitfinanzierung der Unternehmen bzw. der KrisengewinnerInnen.

# SOMMER DIALOG

- » Strafzahlungen für „Zwischenparker“ in der Arbeitslosenversicherung. Unternehmen sollen die von ihnen verursachten Kosten in der Arbeitslosenversicherung tragen. Es wäre nur fair, wenn solche Unternehmen, die immer wieder MitarbeiterInnen für kurze Zeiten kündigen und sie danach wieder einstellen, einen höheren Beitrag in der Arbeitslosenversicherung zahlen.
- » Massive Verbesserung der Lohn- und Beschäftigungsbedingungen und ambitioniertes Vorgehen gegen Lohn- und Sozialdumping, insbesondere durch eine rechtliche Nachbesserung bei Entsendungen und effiziente Kontrollen sowie in der öffentlichen Beschaffung – eine bessere Durchsetzung von KV-Löhnen und einer Sozialversicherungspflicht.
  - Nicht nur im Bausektor, auch in anderen Sektoren wie etwa im Busverkehr, in der Reinigung, in der Bewachung und bei der Betreibung von Kantinen hat die öffentliche Hand die Möglichkeit, durch verbindliche Vergabekriterien zur Quantität und Qualität der Leistung und Beschäftigung beizutragen.

## **Investieren in gute Arbeit**

- » Arbeitsplätze schaffen durch öffentliche Investitionen in die Zukunft: Ein gut ausgebauter Sozialstaat mit einem guten Gesundheitssystem und sozialer Absicherung hat bei der Krisenbewältigung seine Wichtigkeit unter Beweis gestellt. Die Lehre aus der Krise muss sein, dass es nicht nur in der Krise, sondern vor allem in der Zukunft einen aktiven Staat braucht, um massive langfristige Investitionen – in soziale Infrastruktur, Städte und Gemeinden, Konjunktur sowie insbesondere in den Klimaschutz – sicherzustellen. Z. B. Öffentlicher Verkehr, Gesundheit, Bildung, Pflege und Betreuung, Wohnbau, Energieeffizienz und Gebäudesanierung u. v. m.
- » Ganzjahresbeschäftigung im Bau ist möglich, wenn die öffentliche Hand als Auftraggeber einspringt.
- » Als erster dringender Schritt im öffentlichen Vergabewesen: eine befristete Anhebung der Schwellenwerte auf 300.000 Euro bei der Direktvergabe und im Oberschwellenbereich (Bau) auf 3 Millionen Euro. Weiters Bevorzugung von nationaler/regionaler Wertschöpfung festschreiben sowie eine Leistungserbringung durch die öffentliche Hand selbst fördern.
- » Kein Investitionsstopp und kein Aufschub der Bautätigkeit von wichtigen sozialen Infrastrukturen (z. B. Neubau/Sanierung von Schulen und Kindergärten, Sanierung der Radwegnetze und Straßen) in den Gemeinden und

# SOMMER DIALOG

Städten, die einen wichtigen Konjunkturmotor darstellen. Baugenehmigungsverfahren unverzüglich wieder aufnehmen.

- » 30.000 Wohnungen fehlen am Markt. Diese müssen mit den Mitteln der Wohnbaubank in den kommenden Jahren errichtet werden. Das schafft rund 20.000 Arbeitsplätze. Die Wohnbaubank soll dies durch eine günstige Refinanzierung über die Europäische Investitionsbank (EIB) mit Haftung der Republik Österreich erreichen.
- » Zur Bewältigung der Herausforderungen am Arbeitsmarkt müssen dem AMS die finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Daher müssen unverzüglich 500 zusätzliche Planstellen für das AMS geschaffen werden.

## **Nachhaltig Arbeitsplätze sichern**

- » Modelle der geförderten Arbeitszeitverkürzung forcieren – gerade jetzt in der Krise haben sich die Instrumente der geförderten Arbeitszeitverkürzung sehr bewährt, um Menschen im Arbeitsprozess zu halten. Diese Instrumente sollen noch weiter ausgebaut und fortgeführt werden, solange die Situation am Arbeitsmarkt so angespannt ist.
  - Ausbau und Fortführung der Offensive Kurzarbeit. Die Finanzierung von Kurzarbeit darf nicht zu Lasten der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik gehen, damit auch mittel- bis langfristige Herausforderungen gemeistert werden können. Positive Erfahrungen mit der Kurzarbeit für eine Verkürzung der Arbeitszeit mit Lohnausgleich für einen beschäftigungsintensiven Aufschwung nutzen. Bei einer Weiterführung der Kurzarbeit ist eine Verbindung mit Qualifizierung beziehungsweise betrieblicher Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen notwendig.
  - Beruflicher Neuanfang durch Qualifizierungsgeld.
  - Ausweitung der Altersteilzeit.
  - Solidaritätsprämienmodell ausrollen.
- » Arbeitszeitverkürzung schafft Beschäftigung. Deshalb müssen – neben der geförderten Arbeitszeitverkürzung – auch andere Formen der Arbeitszeitverkürzung gerade jetzt forciert werden (z. B. 4-Tage-Woche, 6. Urlaubswochen oder auch reduzierte Wochenarbeitszeiten).

# SOMMER DIALOG

- » Eine Erhöhung (auf 70 Prozent Nettoersatzrate) und Verlängerung des Arbeitslosengeldbezuges und damit verbunden auch eine höhere Notstandshilfe ist wichtig für die soziale Absicherung der Betroffenen und die Stärkung der Inlandsnachfrage.
- » In vielen Bereichen, wie z. B. in der kommunalen Grundversorgung, der Alten- und Krankenpflege, der Lebensmittelproduktion (Fleischverarbeitung oder Landwirtschaft) oder der Bauwirtschaft braucht es bessere Arbeitsbedingungen und Entlohnung, damit mehr in Österreich vorhandenes Personal rekrutiert und dadurch die Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften reduziert werden kann. Dazu braucht es konkrete Vorgaben, um die Beschäftigung von einem bestimmten Mindestanteil an in Österreich lebenden Arbeitskräften sicherzustellen.
- » Bekämpfung prekärer Beschäftigung: Es zeigt sich, dass die Krise benachteiligte Gruppen härter trifft, sowohl gesundheitlich als auch sozial, insbesondere bei der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und Einkommensentfall. Es bedarf daher eines inklusiven Arbeitsmarktes und eines besseren Schutzes vulnerabler Gruppen. Abzulehnen sind sachlich unbegründete Befristungen, es braucht eine Beschränkung von Leiharbeit, darüber hinaus eine arbeitsrechtliche Angleichung freier DienstnehmerInnen und eine Absicherung von EPUs sowie eine effektive Kontrolle von Scheinselbstständigkeit durch die ÖGK.

## **Chancen für die Jungen**

- » Aufstockung der Ausbildungsplätze im staatlichen und staatsnahen Bereich.
- » Schaffung eines Corona-Not-Ausbildungsfonds, dotiert mit 140 Millionen Euro zur Unterstützung von Betrieben, die trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten wegen der Corona-Krise Lehrlinge ausbilden wollen.
- » Für alle Jungen den Start ermöglichen: Erhöhung der Finanzmittel für die überbetriebliche Lehrausbildung und Aufstockung der überbetrieblichen Lehrstellen.
- » Anreize für große Ausbildungsbetriebe, über Bedarf auszubilden.
- » Reform des Bestbieterprinzips für staatliche Ausschreibungen mit stärkerem Augenmerk auf die Lehrausbildung.